

22. May 1916.

Handwritten notes on the left margin, including a signature and the number '2329' circled in a drawing.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 22. September.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

macht folgende Mitteilungen:

Die Laaseer Roggen-Dampfmühle und Rollgerstefabrik richtet an den Bürgermeister folgendes Schreiben:
„Euer Exzellenz hatten die Güte, anlässlich des am 7. d.M. stattgefundenen Brandes unseres Unternehmens die Feuerwehr der Stadt Wien zu beauftragen, zur Bewältigung dieses Brandes nach Laasee auszufahren. Es ist außer Zweifel, daß es nur dem rechtzeitigen und tatkräftigen Eingreifen der Feuerwehr der Stadt Wien zu danken ist, wenn dieser Brand lokalisiert wurde und das mit Opfern und vieler Mühe ins Leben gerufene Unternehmen dadurch gerettet werden konnte. Die gefertigte Firma sieht sich demnach veranlaßt, Euer Exzellenz hierfür den ergebensten Dank auszusprechen. Gleichzeitig beehren wir uns mitzutheilen, daß wir der städtischen Kasse 2000 K überweisen. Wir bitten Euer Exzellenz zu veranlassen, daß die Hälfte dieses Betrages einem bestehenden Feuerwehr-Unterstützungs-Fonds zugewendet werde, die andere Hälfte aber an die an der Bewältigung des Brandes beteiligten Funktionäre und Mannschaften zur Verteilung gelange.“

Gleichzeitig richtet die Dampfmühle an die Feuerwehr der Stadt Wien ein Schreiben, in welchem sie dem Brandmeister Stanzig wie auch jedem Einzelnen der an der Löscharbeit beteiligten Mannschaft den Dank ausspricht.

Gespendet haben:

Die Leinen- und Baumwollenfabrik Ed. Oberleithner ohne hat zu Gunsten des Wiener Kriegesacimatitten-Fonds 1000 K übermittlelt.

Kaffeehausbesitzer Oskar Herz hat 1600 K für die Armen des Bezirkes Innere Stadt gespendet, 1500 K Johanna Dworschak 100 K für arme des Bezirkes Ottakring;

Oberkontrollor Rudolf Neumayer widmet aus Anlass der glücklichen Heimkehr des Handels-Unterseebootes „Deutschland“ 20 K für die Armen der ehem. Gemeinde Neulerchenfeld.

Dr. Stefan v. Licht hat für Waisenkinder des Bezirkes Josefstadt 200 K übermittlelt.

Der Direktor des Wiener Bankvereines Freih-Viktor von der Lippe spendet 500 K zur Beteiligung armer Kinder mit Schuhen.

Franz Mühlrad widmet einer Kriegsankasse im Betrage von 1000 K zur Errichtung einer Stiftung für arme alleinstehende und erwerbsunfähige Ältere, besonders aber kranke Frauen.

Die Firma Sigmund Spiegel & Bruder widmet 500 K mit der Bestimmung, daß 100 K dem Ausspeisekomitee im 5. Bezirk zuzuwenden und je 200 K an die christlichen und jüdischen Armen des 3. Bezirkes zu verteilen sind.

Georg v. Seybel hat letztwillig 2000 K für die Armen Wiens, Josef Schembera 100 K für die Armen des 4. Bezirkes vermachet.

Robert Granichstätten spendet anlässlich seiner Ziviltrauung 100 K für die Armen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hält dem verstorbenen Stadtrat Graf folgenden Nachruf: Während unserer Ferien hat der Tod wieder eines der verdienstvollsten Mitglieder des Gemeinderates uns entzogen. Auf einer Dienstreise, also in Ausübung seines Dienstes, ist Stadtrat Graf einem jähren Geschicke erlegen. Wir verlieren in Stadtrat Graf einen ecklichen tüchtigen Mann, der sein ganzes Wissen und Können in den Dienst der Gemeindevertretung gestellt und sich in seiner ruhigen schlichten Weise außerordentliche Verdienste erworben hat. Wir betauern ihn tief. Die Herren haben sich von den Sitzen erhoben und erlauben, daß ich diese pietätvolle Trauerkundgebung dem Protokoll der Sitzung einverleibe.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt sodann aus: Zweifelloser herrscht seit Sonntag eine gewisse Brotknappheit in Wien. Ihre Hauptursache liegt darin, daß infolge der Witterungsverhältnisse, des Arbeitermangels auf dem Lande und der gleichzeitigen Notwendigkeit verschiedener landwirtschaftlicher Arbeiten, wie Kartoffelaussäen, Winteraustauschen, Grumetschneiden - die Druscharbeiten in Rückstand gekommen sind. Infolge Transporteschwierigkeiten konnte aber auch vielfach die gedroehene Frucht nicht zur Mühle, und Mehl aus der Provinz nicht nach Wien geschafft werden. Die Kriegesgetreideverkehrsanstalt sah sich genötigt, die Mehlsweisungen zu verkürzen u. zwar weniger der Kleinbäcker, als vielmehr der großen Brotfabriken und diese Verkürzung fiel gerade in eine Woche, in der Tausende von Familien mit Rücksicht auf den Schulbeginn nach Wien zurückkehrten und auf eine zwar nicht bedeutende Zahl von Flüchtlinge, die hiesigen Konsumenten vernehte. Ich habe nicht verschämt, den Ministerpräsidenten, den Leiter des Ministeriums des Innern, den Stadthalter auf diese Verhältnisse aufmerksam zu machen und habe aus den Besprechungen mit diesen verantwortlichen Funktionären die volle Überzeugung gewonnen, daß die Regierung mit allen Nachdrucke bemüht ist, die prompte Zu-

schiebung genügender Mehlvorräte nach Wien für die allernächste Zeit schon sicherzustellen. Ich hoffe daher, daß in kurzer Frist die durch die außergewöhnlichen Verhältnisse hervorgerufene Störung in der Mehlversorgung behoben sein wird. Ähnliche Schwierigkeiten haben sich letzter Zeit auch bei der Kartoffelversorgung ergeben. Ich kann hier nur versichern, daß die Gemeinde im Einvernehmen mit der Regierung und Zentraltransportleitung einen sorgfältigen Plan für die ausreichende Kartoffelversorgung Wiens festgelegt hat, der aber in letzter Zeit durch die abnormen Wetterverhältnisse und Transporteschwierigkeiten vorübergehend gestört wurde.

Ich hoffe auch in diesem Falle auf baldigste Besserung und bitte die Bevölkerung um Geduld. ~~zu einem Zeitpunkt, wie eine solche in den letzten Tagen auch durch unsinnige Gerüchte erregt wurde, liegt keinerlei Veranlassung vor.~~

Gemeinderat Herold stellt folgende Anfrage:

In dieser furchtbar schwierigen Zeit der Approvisionierung mus man ja auf jedes Abhilfemittel, das die Knappheit mindern könnte und die Produktion fördern dürfte, bedacht sein. Ich verweise auf die Hebung der Ziegenzucht, welche bei uns zu Lande der Förderung noch bedarf; umso mehr, als der Genuß von Ziegenmilch, besonders für Kinder und Kranke, von den maßgebenden Faktoren als höchst gesund, zuträglich und wahrhaft erkannt wurde. Nach meinem Dafürhalten hätten die Klöster und andere religiöse Institute nicht nur das richtige Verständnis, sondern auch freie Hand, verbunden mit der nötigen Lust und Liebe, der Ziegenzucht jene weitgehende Förderung angedeihen zu lassen, daß die jetzige drückende Milchknappheit einigermaßen Linderung erfährt und die Ziegenzucht in Oesterreich ein Mitbehelf in der Approvisionierung wird, und besonders der Milchproduktion Förderung angedeihen läßt. Würde der Bürgermeister seinen großen Einfluß geltend machen, daß meine Anregung von den maßgebenden Kreisen in die Tat umgesetzt wird, damit die Bevölkerung möglichst bald den richtigen Nutzen daraus ziehen kann?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Anfrage der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterziehen. Kollege Herold hat mir auch brieflich davon Mitteilung gemacht und ich habe deshalb bereits Einleitungen bezüglich dieser Angelegenheit getroffen. Der Herr Fragesteller muß aber zugeben, daß diese Zeit die ungünstigste für die Einführung einer Kleintierzucht ist. Ich habe Veranlassung getroffen, daß in verschiedenen Feuerwehrentralen Einrichtungen für die Kleintierzucht geschaffen wurden, es sind aber große Schwierigkeiten zu überwinden. Jedenfalls ist die Anregung dankenswert, daß städt. Ämter werden sich damit befassen.

GR. Dr. Granitsch bespricht in einer Interpellation die die Brot- und Mehlnot in Wien und stellt folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, seinen Einfluß mit aller Macht dahin geltend zu machen, daß die Bevölkerung Wiens hinlänglich Brot und Mehl zugeführt erhält?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Diese Interpellation ist durch meine vorher abgegebene Erklärung beantwortet. Ich kann nur versichern, daß nicht nur ich, sondern auch alle anderen Funktionäre der Gemeinde und die Beamten außerordentlich tätig sind, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Mit welchen Schwierigkeiten dabei zu kämpfen ist, wird der Fragesteller wissen.

GR. Lohner stellt folgende Anfrage: Die Bevölkerung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien beobachtet seit geraumer Zeit mit Erstaunen und immer wachsender Erbitterung, daß alle, gewid Wohlgemeinten Maßnahmen der hohen k.k. Regierung in der Lebensmittelfrage zum Schutze der Konsumenten durch die passive und aktive Resistenz der meisten Produzenten und Händler durchkreuzt und zu nichte gemacht werden. Kaum ist ein Höchstpreis für irgendein Lebensmittel oder Bedarfsartikel erlassen, ist dieses sofort fast zur Gänze vom Markte verschwunden, wird im Geheimen oft enormen Prämien und Trinkgelder-Zuschlägen gehandelt, während die übrige, namentlich die arme Bevölkerung gänzlich das Nachsehen hat. Die Gesamtbevölkerung erwartet angesichts dieser wahrhaft skandalösen Zustände dringendst Abhilfe, welche die allseitig zugegeben wird, ausschließlich am Wege der Requisition erreichbar wäre. Nachdem die Regierung gütig Vernehmen nach im Begriffe steht, unter Kurzem betreffend eines wichtigen Lebensmittels mit der von den Konsumenten so sehnlichst erwarteten Requisition vorzugehen, so wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, im Namen des gesamten Gemeinderates bei dem Ministerpräsidenten vorzusprechen und ihm in dringlichster Weise die sofortige Ausdehnung des Requisitionsrechtes auf sämtliche unentbehrlichen Lebensmittel sowie Gebrauchs-Artikel nahezu legen, ohne welche eine halbwegs genügende Verpflegung der 2 Millionenstadt, welche derzeit so sehr im Argen liegt, zur Kriegszeit nicht erreicht werden kann.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich werde im Sinne des Herrn Fragestellers eine Denkschrift ausarbeiten lassen und dem Ministerpräsidenten überreichen.

Behörden, durch Vermittlung der amerikanischen Botschaft in London, Unterstützungen erhalten; ~~weil die österreichischen Behörden nicht kummern.~~ Es sind dies zum Teil arme Menschen, die nichts als die schlechte, oft kaum genießbare Lagerkost haben, langsam von der Kraft kommen und den Krankheiten verfallen. Unter diesen Internierten sind sehr viele Wiener, die dem Kellerstande angehörend, die bei Ausbruch des Krieges in England in Stellung waren.

Es wird daher beantragt: Die Gemeinde Wien solle einen angemessenen Betrag durch die Vermittlung der Amerikanischen Botschaft in London zur Unterstützung der internierten Wiener spenden, damit dieselben sehen, dass man in der Heimat nicht auf sie vergessen hat.

G.R. Kubacek stellt folgenden Antrag: Der österreichische Ingenieur- und Architektenverein hat in seiner vor kurzer Zeit erschienenen ~~Druckschrift~~ ^{Druck} "Wien nach dem Kriege" im zweiten Kapitel: "Ueber die Reorganisation des Beamtenskörpers der Gemeinde Wien", das berechnete Verlangen gestellt, dass künftig in der Abteilung für den selbstständigen Wirkungskreis die Leitung und Entscheidung, sowie die Entscheidung der Referate statt wie bisher ausschließlich des Juristischen, zumehr dem betreffenden sachkundigen Beamten übertragen werden. Die Geschäftsfreigigen stellen den Antrag, die im zweiten Kapitel dieser Druckschrift niedergelegten, vollberechtigten Vorschläge zum Nutzen der Stadt Wien zur Durchführung zu bringen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht sodann folgende Mitteilung: Die Herren Gemeinderäte Reumann und Skaratz sind heute in meinem Büro erschienen, um namens des Verbandes zu ersuchen, daß sich das Referat bezüglich der Vermehrung der Stadtratmandate von der Tagesordnung absetze, mit der Begründung, daß sie über diese bedeutsame Frage mit ihren Vertrauensmännern noch Fühlung nehmen wollen. Ich setze daher dieses Referat von der Tagesordnung ab.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

StR. Dechant beantragt die Stundung des Kaufpreises und der Zinsen für die Baustelle E.Z. 1731 in Ober-Döbling im 19. Bezirk. (Ang.)

StR. Hermann beantragt die nachträgliche Genehmigung der Stundung des Kaufschillingarrestes für Baustellen im 9. Bezirk E.Z. 1782 bis 1784 im Betrage von 90.000 K sowie der aufgelaufenen Zinsen bis 1. November 1916. (Ang.)

StR. Wippl beantragt die nachträgliche Genehmigung des Verkaufes von Teilen der städt. Liegenschaft im 10. Bezirk nächst der Sonnleithnergasse im Ausmaße von 1030 m² um 53 K per m². (Ang.)

VB. Hoß beantragt die Fristerstreckung für die Kaufschillingsteilzahlungen für die Baustelle E.Z. 1765 im 12. Bezirk Unter-Meidling um ein weiteres Jahr nachträglich zu bewilligen. (Ang.)

VB. Hierhammer beantragt die Bewilligung eines Ehrenpreises für die Ziegenzucht des I. n.-8. Saantentaler Ziegenzuchtvereines im Betrage von 100 K. (Ang.)

VB. Hierhammer beantragt die Bewilligung einer Subvention für die Schiesschule des Deutschmeister-Schützenkorps im Betrage von 1000 K pro 1916. (Ang.)

VB. Hierhammer beantragt die nachträgliche Bewilligung von Kriegszulagen für das Personal der ~~Kinder~~ Kindergärten 12. Bezirk Dörfelgasse 1, 15. Bezirk Beingasse 19 und 21. Bezirk Baumergasse 24. (Ang.)

VB. Hoß beantragt die Zusammenstellung eines Gesamtverwaltungsberichtes der Stadt Wien vom 1. Jänner 1914 bis Kriegsende an Stelle des jahrgangswisen Verwaltungsberichtes. (Ang.)

VB. Hoß beantragt die nachträgliche Bewilligung von Zuschusskrediten zum Voranschlag des Wiener Bürgerspitalfonds für 1915/16 u. zw. für Naturlausauspeisung bzw. Handgelder zur Selbstverköstigung der Pfleger K 197.210 und für die Verpflegung und Wartung der Kranken K 38.920. (Ang.)

VB. Hoß beantragt einen Zuschusskredit von 45.400 K für Aushilfen durch die Armeninstitute für das Verwaltungs-jahr 1915/16 nachträglich zu bewilligen. (Ang.)

VB. Hoß beantragt die nachträgliche Bewilligung eines Zuschusskredites von K 239.140 zur Deckung der für das Straßenwesen für 1915/16 eingetretenen Mehrerfordernisse. (Ang.)

VB. Hoß beantragt die nachträgliche Genehmigung eines Zuschusskredites von 20.000 K für Bezüge der Amtsdienner für das Verwaltungsjahr 1916/17. (Ang.)

VB. Hoß berichtet über die Systemisierung von vier Akzessistenstellen und Neuaufnahme von zehn Fürsorgerinnen auf Kriegedauer für das städtische Jugendamt. Der Referentenantrag wird nachträglich genehmigt.

VB. Hoß berichtet über die Aenderung des Dienstkleiderbezuges für die Kanzleidner der städt. Gaswerke. Der Antrag des Berichterstatters wird genehmigt.

VB. Hoß berichtet über die Entscheidung des k.k. Finanzministeriums vom 14. Juli 1916, womit den Rekursen gegen die Erledigungen der n.-8. Finanz-Landesdirektion in

Angelegenheit der Vorschreibung von Skatagebühren keine Folge gegeben wurde und beantragt die Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof nachträglich zu genehmigen. (Ang.)

VB. Hoß legt den Jahresbericht pro 1915 der städtischen Kranken- und Unfallfürsorge vor. Der Bericht wird genehmigt zur Kenntnis genommen.

GR. Kunschak: Die städt. Kranken- und Unfallfürsorge hat sich als eine wahre Wohltat für die Arbeiter erwiesen. Die Berichte, die alljährlich vorgelegt wurden, haben ~~nicht~~ gezeigt, welche wohlthätige und grosse Aktion die Gemeinde damit geschaffen hat. Wie so vieles aber, was uns im Frieden ausreichend erschien, in der Beleuchtung des Krieges ~~von~~ aber viel von seiner Bedeutung verloren hat, so auch die städt. Kranken- und Unfallfürsorge. Der Krieg den wir und unsere kommenden Generationen in seiner Wirkung verspüren werden, muss auf ein Minimum herabgedrückt werden. ~~Es kann heute schon von einer Besserung der Bevölkerung gesprochen werden, wir dürfen das nicht leugnen und niemand weiss, bis zu welchem Grade der Unterernährung ~~die noch gelangen werden.~~ Auch hat der Krieg die Frauen aus dem häuslichen Leben herausgerissen und hineingezwungen in den Trubel des Erwerbes und so wird auch die Frau den schweren Erschütterungen ausgesetzt, welche die Arbeit ausser dem Hause mit sich bringt. Alles muss vorgekehrt werden um die Kräfte der Gegenwart und der kommenden Generationen möglichst zu schonen und wiederaufzurichten. Bei dieser Frage spielt die Kranken- und Unfallfürsorge eine ~~sehr~~ wesentliche Rolle. Man hat sie in Friedenszeiten für ein Problem gehalten und angekämpft und erst der Krieg hat gezeigt, dass es nicht nur notwendig ist sich mit ihr zu beschäftigen sondern sie ernstlich in Angriff zu nehmen. ~~Und so ist die Familienversicherung, kein Problem, sondern eine ausge-~~reifte Frage deren Lösung herbeigeführt werden muss. Ich habe anderen Ortes diese Frage schon zur Sprache gebracht, und die Regierung bereits darauf aufmerksam gemacht. Die städt. Familienversicherung soll auch auf jene ~~ausge-~~dehnt werden, die den städt. Aemtern angehören. Ich stelle daher folgenden Antrag: Die städt. Krankenfürsorge wird auch auf die Familienangehörigen der ihr unterliegenden Bediensteten und Arbeiter ausgedehnt und zwar in dem Umfange, dass den Frauen und Kindern unentgeltliche ärztliche Behandlung und unentgeltlicher Medikamentenbesatz gewährt wird.~~

Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag Kunschak genügend unterstützt, der geschäftsmässigen Behandlung zugeführt.

V.B. Hoß beantragt der Verlagsbuchhandlung Carl Fromme G.m.b.H. zur Errichtung der bulgarisch-österreichischer Bücherei eine Subvention von 3000 K zu bewilligen. (Ang.)

V.B. Hoß beantragt die nachträgliche Bewilligung eines Zuschusskredites von 230.000 K anlässlich der Anschaffung von Schuhen für Arme im Winter 1916/17. (Ang.)

V.B. Hoß beantragt an den Deutschen Schulverein für das Jahr 1916 eine Subvention von 12.000 K nachträglich zu bewilligen. (Ang.)

Nach einem Antrage des VB. Rain wird der Knabenbeschäftigungsanstalt St. Vinzenz-Konferenz eine Schultafel sowie 30 Schulbanksitze unentgeltlich überlassen.

VB. Rain beantragt die nachträgliche Genehmigung der Spende der Gemeinde Wien für die Opfer der Wetterkatastrophe in Wiener-Neustadt am 10. Juli 1916 im Betrage von K 10.000. (Ang.)

VB. Rain beantragt die nachträgliche Genehmigung des Ankaufes von Grundstücken am Kongressplatz im 16. Bezirk im Ausmaße von 2316 m² um 10 K per m². (Ang.)

StR. Braun beantragt die nachträgliche Genehmigung des Ankaufes von Gründen im 11. Bezirk Kaiser Ebersdorf zu Friedhofszwecken. Die Gründe umfassen 11.941 m², der Pauschalpreis beläuft sich auf 37.000 K.

GR. Schlechter: bemängelt, dass manchmal noch bei Grundstückreferaten nach den alten Ausmassen gerechnet wird, was eine einheitliche Beurteilung erschwert. Er stelle den Antrag alle Referate nur nach dem einheitlichen Quadratmetermass zu erstatten.

BGM. Dr. Weiskirchner sagt, dass er Vorsorge treffen wolle, dass dem gerechtfertigten Wunsche des Kollegen Schlechter entsprochen werde.

Der Referentenantrag wird sodann genehmigt.

Der von StR. Brauneig vorgelegte Entwurf für den Kanalbau in der Braunnirschgasse im 16. Bezirk von der Sechshausen- bis zur Schwendergasse wird mit dem Erfordernisse von 34.000 K nachträglich genehmigt.

StR. Dechant beantragt die Auflassung bzw. Neubestimmung von Baulinien für die projektierte Verlängerung der Schulgasse im 18. Bezirk. (Ang.)

StR. Dechant beantragt die Bestellung eines Baurechtes für den Verein „Kinderhort für den 19. Bezirk“ an der städtischen Liegenschaft E.L. 562 am Trautensauplatz in Unter-Sievering, für die Zeit bis 31. Dezember 1966 gegen Zahlung eines jährlichen Bauzinses von 1630 K. Der Verein ist verpflichtet, auf dieser Grundstücke ein Kinderheim mit Beschäftigungsräumen und einem Speiseraum sowie eine feuerisolierte gedeckte Werkstatt mit drei Arbeitsräumen zu errichten. Der Referentenstrag wird nachträglich genehmigt.

StR. Dr. Haas beantragt die Bewilligung einer Subvention für den Verein „Säuglingsschutz“ im Betrage von 45.000 K unter der Bedingung, daß dem Jugendausschuss das Recht eingeräumt wird, dem Vereine Säuglinge bis zur Hälfte der von ihm in seine Fürsorge aufgenommenen Zahl von Säuglingen zuzuweisen. (ANG.)

G.R. Dr. Doewenstein bemerkt, dass der Verein Säuglingsschutz seit 1904 eine ausserordentlich sehensreiche Tätigkeit entfaltet. Anlässlich der Budgetdebatte im Jahre 1914 habe er in ausführlicher Weise über die Säuglingsbestrebungen gesprochen und auf die grossen Mängel hingewiesen, welche in Oesterreich bestehen. Er habe auch eine Reihe von Anträgen gestellt, welcher der „Geschäftsordnungsmaassnahmen“ die aber nicht behandelt wurden.

Mit besonderer Freude habe er wahr genommen, dass zu Bekämpfung der Tuberkulose von der Gemeindeverwaltung eine Zentralstelle für Wien geschaffen wurde. Eine fast ebenso grosse Bedeutung wie die Lungentuberkulose habe die Säuglingsterblichkeit. Die Geburtenanzahl ist in der letzten Zeit bedeutend zurück gegangen, gleichzeitig ist aber auch ein ansteigender Säuglingsterblichkeit zu verzeichnen. Eine genaue Statistik für ganz Oesterreich liege ja infolge der kriegerischen Verhältnisse nicht vor aber für Wien sind die betreffenden Zahlen bekannt. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass in Wien, als der Hauptstadt des Reiches Institutionen bestehen, welche sich mit der Säuglingsfürsorge befassen. Trotzdem sei doch ein Ansteigen der Säuglingsterblichkeit zu bemerken.

Jeder Krieg hat zeitig ein Zurückgehen der Geburten, ein Zurückgehen im Bevölkerungszuwachs. Das hat sich nach dem deutsch-franz. und nach dem russ-japanischen Krieg gezeigt. Dazu kommen heute noch einige Momente, die einen Rückgang in der Bevölkerung zeitigen werden. Heute stehen nahezu alle Staaten im Kampfe und es wird bezüglich des Bevölkerungszuwachses und der Säuglingsterblichkeit ein ganz anderes Bild sich entrollen und es wird dies vielleicht die traurig-

ste Erscheinung sein, die wir vom Weltkrieg sehen. Die Eheschliessungen werden nach dem Erieger nicht bedeutend sein, eine grosse Anzahl Menschen werden durch den Krieg physisch geschädigt, es werden viele Fehlgeburten mit Rücksicht auf die Geschlechtskrankheiten vorkommen, so dass zweifellos ein Herabsinken der Geburten, bezw. auch gleichzeitig ein Ansteigen der Säuglingsterblichkeit eintreten wird. Der Gemeinderat ist derzeit die einzige parlamentarische Körperschaft, von wo aus gesprochen werden kann. Ich bedaure, daß von der Regierung nicht jene zweckdienlichen und energischen Massnahmen in Angriff genommen werden, welche zweifellos notwendig gewesen wären und zeitgerecht eine entsprechende Organisation zu schaffen. Das wichtigste Kapital, das wir besitzen ist das Kind. Ich rechne es hoch an, dass in den Säuglingsbestrebungen in der letzten Zeit in Wien zweifellos etwas gemacht wurde. Bis 1904 lag die Säuglingsfürsorge in vollstem Schlafe. Es sind private Vereine, welche sich mit der Sache beschäftigen, weil das Auge der Regierung die Wichtigkeit dieser bedeutungsvollen Aufgabe nicht ersah. Der Verein, über den berichtet wurde hat seit 1904 unter vielen Mühen seine Tätigkeit entfaltet.

Keine Gnade, keine Wohlthat, sondern selbstverständliche Pflicht muss es sein, die notwendigen Massnahmen zu treffen. Die Regierung muss die Sache in die Hand nehmen. Gerade so wie in Deutschland mit gewisser Klugheit und sicherem Blick gesehen wurde, dass die Säuglingsterblichkeit nur durch entsprechende zweckdienliche Organisation bekämpft werden kann, so muss dieser Gedanke auch in Oesterreich zum Durchbruch kommen. Alles krankan der mangelhafter Organisation die Säuglingsfürsorge muss beginnen mit dem Mutterschutz. Ich hoffe, dass diesbezüglich die Novellierung des Sozialversicherungsgesetzes zumindestens Schutz der Mutter vor der Entbindung festsetzen wird. Das Zweite ist die Notwendigkeit dass die Wöchnerin eine Geldunterstützung in der Höhe des Krankengeldes bekommt. Ausserdem müssen Stillprämien gewährt werden.

Das Wichtigste ist, das Stillen der Frauen. Jeder Frau kann es nicht genug nahe gelegt werden, ihr Kind selbst zu stillen. Wir sehen auch, dass von jenen Kindern, welche von der Mutterbrust genährt werden, nicht so viele im ersten Lebensjahre sterben, als die anderen. Nebst den Stillprämien ist aber auch sehr notwendig die Einführung von Fürsorgeschwestern. Es ist mit Freuden zu begrüssen, dass die Reichsanstalt für Mutter- und Säuglingsfürsorge sich

mit der Ausbildung solcher Fürsorgeschwestern befasst. Aber auch vom nationalen Standpunkt muss die Säuglingsfürsorge behandelt werden, denn wir sehen gerade bei den Frauen deutscher Abstammung, dass sie nicht in verhältnis mässig geringerer Anzahl als die Angehörigen der anderen Nationen mit dem Stillen ihrer Kinder befasst. Hinsichtlich der künstlichen Ernährung des Kindes spielt heute auch die Milchknappheit eine bedeutende Rolle. Wenn weder die Mutter noch das Kind die genügende Menge von Milch erhält, so kann man sich leicht vorstellen, wie das Gedeihen des Kindes benachteiligt wird. Er wäre vielleicht ein in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehlen würde, dass die Gemeinde in eigener Regie einen

Molkereibetrieb führt und die Milch für die Säuglinge zur Verfügung stellt. Einen wichtigen Faktor bildet auch die Wohnungsfrage und es wäre deshalb die höchste Zeit, dass endlich die neue Bauordnung vom Gemeinderate erledigt wird und die Kinder in hygienischen einwandfreien Wohnungen aufgezogen werden.

Aehnlich wie es in der letzten Zeit bei der Tuberkulosekämpfung geschehen ist, muss auch eine Zentralstelle für die Säuglingsfürsorge geschaffen werden. Der Krieg hat bereits so viele Milliarden gekostet, es muss eventuell noch eine weitere Milliarde für die Gesundheit der Bevölkerung aufgewendet werden. Dazu bedarf es über der Zentralisierung des ganzen Sanitätswesens und die Regierung kann überzeugt sein, dass sie auf diesem Gebiete der Mitwirkung aller Faktoren sicher ist. (Beifall.)

V.R. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

G.R. Fiedler: An vielen in Oesterreich ist ja Kritik zu hören, aber in dieser Frage Oesterreich herunter zu setzen ist nicht am Platze. Es ist mir sehr angenehm, dass ein Arzt hier gesprochen hat und es ist gut von sachverständiger Seite dies gehört zu haben aber ich muss da dem Herrn Dr. Doewenstein doch entgegen treten; Vor allem handelt es sich darum zu konstatieren, dass man diese Frage nicht von parteipolitischen Seite aus betrachten soll. Es ist Hauptaufgabe die Armen der Armen zu schützen, die illegitimen, was nun beispielsweise die illegitimen Säuglinge betrifft, so habe ich auf diesem Gebiete ganz Europa be suchend war in Schweden in Frankreich, in Deutschland und so weiter, überall habe ich die Säuglingsanstalten einer eingehenden Besichtigung unterzogen, aber in der Einrichtung der Kinderheilstätten und Säuglingsheime kann uns kein Staat der Welt in die Nähe treten. Ich kann das sagen ohne der Voreingenommenheit ge-

ziehen zu werden. Die Säuglingsterblichkeit kommt nicht so sehr in Betracht als vielmehr der Mutterleib. Er grassiert gerade dort, wo die Kinder erhalten werden können. Da muss der Hebel angesetzt werden. Wenn schon bei den illegitimen das wertvolle Mittel angewendet wird, so muss man staunen, wenn man erfährt, dass schon Agenten in die Provinzen reisen, um den Mordmord zu unterstützen.

Jetzt gehen schon Agenten in die Dörfer hinaus mit den gewissen Abwehrmitteln. Ja sieht denn das die Behörde nicht? Wir haben ja Kapazitäten auf diesem Gebiete z. B. dem Prof. Herzfeld der ein bekannter Gynäkologe ist, der soll einmal ein Gutachten darüber abgeben. (Lebhafte Heiterkeit.)

Was die Säuglingsfürsorge des Landes Niederösterreich anbelangt, so haben wir das grosse Landeszentral Kinderheim, das mit einem Kostenaufwande von 4 Millionen Kronen erbaut wurde, dann Filialkinderheime und 285 Kolonien, in der jeder ein Sekretär und ein Arzt angestellt ist, um die Säuglingsfürsorge zu überwachen. Es gibt keine zweite Einsichtung in ganz Europa, die so ins Detail eingreift und organisiert ist. Ich werde den Gemeinderat, falls der Herr Bürgermeister zustimmt sehr gerne einladen einmal dieses Kinderheim zu besichtigen, um zu sehen, wie wir diese Frage lösen.

Die Ansicht über den Mutterschutz muss man teilen. Ich will nicht sagen, dass eine achtwöchentliche Schutzzeit schädlich wäre. Aber ob sie jemals für jemanden, der in dienstlichen Verhältnissen sich befindet eine achtwöchentliche Schutzzeit vor und nach der Entbindung bekommen, ist eine Frage, die ich nicht beantworten will. Die Säuglingsfürsorge in unseren Kronlande ist nicht zu verachten und aus Deutschland kommen sehr viele herüber und schauen sich die Organisation unseres Zentralkinderheimes an. Wenn das bewiesen einmal auf der Welt ist, ist das illegitime Kind als Lebewesen gleichberechtigt mit dem legitimen. Wir müssen 20.000 Kinder bis zum 14. Lebensjahre versorgen und da darf man nichts sagen, dass in Oesterreich für die Kinderfürsorge nichts geschieht. Vielleicht wird es glingen noch in diesem Jahre ein Werk über die Kinderfürsorge in Niederösterreich herauszugeben. Wir dürfen uns nicht selbst immer klein machen. Wenn noch mehr geschehen kann und soll, bin ich nie dagegen, es ist nie zu viel. Aber ganz verwöhnen dürfen sie die Menschheit nicht. Aus dem ganzen Staat ein Asyl machen, das keine Mutter glaubt sie hat etwas zu tun, dass man förmlich unter Polizeigewalt entbinden muss, soweit können Sie es nicht bringen. Die brave Mutter ist die beste Pflegerin des Kindes. Für eine unanständige rück-

sichtslose Mutter müssen andere Mittel ergriffen werden. Jeder braven, wenn auch armen Mutter ist das Kind das Heiligste. Ich möchte sehen, wenn Sie in Wien, das System der Pflegegeschwestern einführen, und es kommt eine solche zu einer Mutter, die schon 6 Kinder brav erzogen hat, und will ihr Vorschläge machen, so fliegt sie senkrecht hinaus.

Etwas anderes ist es, wenn ein Arzt kommt. Was die Wohnung der Arbeiterfrau anbelangt, so ist das eine soziale Frage. Ob es gelingen wird, jedem Menschen eine solche Wohnung zu verschaffen, dass sie allen Vorschriften der Wissenschaft entspricht, weiss ich nicht. Ich weiss nur, dass der berühmte Luftkubus in keiner staatlichen Anstalt vorhanden ist. Sicher ist, dass wir nach dem Kriege auf allen Gebieten umgruppieren, neu arbeiten müssen, dass wir gewiss auch auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge nicht stehen bleiben. Niederösterreich hat sich nicht zu schämen und ich würde lebhaft bedauern, wenn die sonst ausgezeichnete Rede des G. R. Dr. Löwenstein, jemanden Anlass geben wollte, anzunehmen, dass wir auf diesem Gebiete rückständig sind. Das wollte ich vermeiden (Lebhafter Beifall).

G. R. Reumann: Ich gebe meiner Genugtuung Ausdruck, dass endlich in diesem Saale gesagt worden ist, dass ein weitgehender Schutz den illegitimen Kindern zuteil werden muss. Das ist das Wichtigste Ergebnis heute. Wenn von Seite des Gemeinderates Anstoss gegeben wird, dass auch auf die illegitimen Kinder auch auf dieses Vermögen des Staates Rücksicht genommen wird, dass mehr Sorgfalt auf die Pflege dieser Kinder verwendet wird, da kann das uns allen nur mit grösster Genugtuung erfüllen. Von Seite der Krankenkassen ist nachdem, wir in einer parlamentarischen Zeit stehen, eine Aktion eingeleitet worden, die dahin geht, dass wenigstens ein Teil des Sozialversicherungsgesetzes durchgeführt werden wird, vielleicht auch auf Grund einer kaiserlichen Verordnung. In dieser Richtung sind wir nicht so prüde & Heiterkeit) Wenn etwas zu Gunsten der gesamten Bevölkerung geschehen kann, dann scheuen wir zu h o v o r einer kaiserlichen Verordnung nicht zurück. Wir haben auch unseren Kessentag mit dem Schutze der Wöchnerinnen sehr eingehend beschäftigt und ich hoffe, dass es gelingen wird, eine Teilreform der gegenwärtigen Krankenversicherung durchzuführen. In dieser Teilreform ist eine wöchentliche Schutzfrist der Wöchnerinnen vorgesehen. Sie ist nicht zu weit gehend, die von Seite des Herrn Landesauschusses gesagt wurde, sie ist eine wöchentliche Schutzfrist, die möglicherweise auch auf die Zeit vor der Entbindung ausgedehnt werden kann. Wir haben auch verlangt, dass in allererster Linie, jene

sozialen Reformen durchgeführt werden, die auch einen weitgehenden Schutz für die Frauen in den Fabriken bieten. Ich kann nicht umhin auch heute auszusprechen, dass der Krieg und die Kriegsindustrie einen sehr nachteiligen Einfluss auf die Frauen genommen hat und dass wir das mit Rücksicht auf den Geburtenrückgang sehr schwer zu fühlen haben werden. Wir haben wiederholt versucht, einen gewissen Schutz in dieser schweren Zeit für die Frauen herbeizuführen, leider ist uns das nicht gelungen, trotzdem wir auf die schweren Schäden bei den verschiedenen massgebenden Stellen aufmerksam gemacht haben. Wenn wir sprechen, dass die Regenerierung der Bevölkerung eine Notwendigkeit ist, müssen wir auf die kolossalen Gebelstände hinweisen, die sich in der Kriegsindustrie eingeschlichen haben. Es ist merkwürdig, dass man diesen Schäden entgegenzutreten nicht den Mut hat. Heute werden in Fabriken Kinder mit 12 Jahren in 12stündiger Schicht beschäftigt und wir töten dadurch die heranwachsenden Menschen. Es wäre notwendig, über den Jugend- und Kinderschutz im Gemeinderate eine eingehende Debatte abzuführen. Der Gemeinde kann es nicht gleichgültig sein, ob eine Bevölkerung herbeigeführt wird oder nicht. Auch der Gemeinde sind schwere Lasten aufgewälzt worden und wir müssen hinwirken, dass die Bevölkerung diese schweren Lasten zu tragen auch in der Lage ist.

Deshalb ist es notwendig, in einer speziellen Debatte über den Schutz der Säuglinge und der Kinder in späteren Jahren zu sprechen, damit jene Massnahmen zusammengefasst werden, die in erster Linie die Gemeinde durchzuführen hat und die wir in zweiter Linie als notwendige Forderung an die Regierung in diesem Saale erheben. Es wird die heutige Debatte einen Nutzen haben, wenn sie ~~xxxxxxx~~ ~~xxxxxxx~~ eine Fortsetzung in dieser Weise findet wird. (Beifall)

G. R. Dr. Loewenstein BEMERKT GEGENÜBER DEM Landesauschusse Bielolahwek er habe ausdrücklich erwähnt, dass er auf die bereits bestehenden Einrichtungen nicht eingehen wolle. Er anerkenne vollständig die Leistungen des Landes, aber er habe nur nachweisen wollen, dass die Haupttätigkeit bei der Regierung läge, Stadt und Land nur unterstützend eingreifen können.

St. R. Dr. Haas (zum Schlusswort) weist auf die Einrichtungen der Gemeinde bezüglich der Säuglingsfürsorge hin und bemerkt, dass die Gemeinde alles was in ihren Kräften liege um die Säuglingssterblichkeit herabzusetzen getan habe.

Beider Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters angenommen.

St. R. Dr. Haas beantragt die Bewilligung von Zuschusskrediten für das Sanitätswesen im Betrage von 188.400 K zur Deckung des Mehrfordernisses. (Ang.)

Nach einem Antrage des St. R. Dr. Haas wird die Erhöhung des Monatslohnes der geistlichen Pflegerinnen im Versorgungsheim und Kaiser-Jubiläums-Spital von 20 auf 25 bzw. 30 K genehmigt und ein Zuschusskredit von 27.000 K bewilligt.

St. R. Knoll beantragt die nachträgliche Genehmigung des Ankaufes von Gründen im 21. Bezirk Stammersdorf B.Z. 1434 im Ausmaße von 15.671 m² um den Betrag von 23.507 K. (Ang.)

St. R. Schmid berichtet über die Nachsicht von Beleuchtungs- und Beheizungskosten für die Marianische Männerkongregation, die Marianische Kinderkongregation, den Katholischen Junglingsverein Wieden und die Leitung der Mädchenbürgerschule Zinckgasse 12/14 anlässlich der Benützung von Schulräumlichkeiten. (Ang.)

St. R. Schmid legt das Gehaltsschema für die Hilfsbeamtinnen der städtischen Elektrizitätswerke vor und beantragt die nachträgliche Genehmigung. (Ang.)

St. R. Schmid beantragt das Mehrfordernis für den Straßenumbau in der Rechten und Linken Wienzeile beim Neuen Maschmarkt im Betrage von 39.000 K nachträglich zu bewilligen. (Ang.)

St. R. Schneider legt die Fahrordnung der städtischen Straßenbahnen im Winter 1916/17 sowie die Winterfahrordnung der Dampfstraßenbahnlinien vor. Die auf den elektrisch betriebenen Linien gegenwärtig zur Durchführung kommende Sommerfahrordnung wird auch in der Winterfahrplanperiode 1916/17 beibehalten. Der vorgelegte Fahrplan der Dampfstraßenbahnen wird genehmigt.

St. R. Schneider berichtet über die Ueberlassung von Grundflächen für den Massengüter-Lagerplatz an der Erdberger Lände. Der Referentenantrag wird genehmigt.

St. R. Schneider beantragt die Mandatsdauer der ernannten und gewählten Mitglieder und Ersatzmänner des Verwaltungsausschusses der Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen bis auf weiteres, jedoch längstens bis ein halbes Jahr nach Kriegszuschluss zu verlängern. Der Referentenantrag wird nachträglich genehmigt.

St. R. Wippel beantragt, die vorübergehende Einstellung des Betriebes der Staatsgewerbeschule im 10. Bezirk infolge Schülermangels nachträglich zu genehmigen. Der Verwendung des Schulgebäudes 10. Bez. Eugengasse 81 für Zwecke der k.k. Staatsgewerbeschule im 1. Bezirk wird zugestimmt. (Ang.)

Nach einem Antrage des St. R. Wippel wird die unentgeltliche Abgabe von Hochquellenwasser an das St. Philomenakloster 10. Bez. Alxingergasse 6 nachträglich bewilligt.

St. R. Zatzka legt den Entwurf über die Herstellung einer Schleppgleisanlage am neuen Kontumazmarkt im 11. Bezirk vor und beantragt für diese Herstellung 205.619 K sowie für die zur Beschaffung des Anschüttungsmaterials vorzunehmende restliche Abgrabung auf den ehem. Wagemannschen Gründen 262.000 K nachträglich zu bewilligen. (Ang.)

St. R. Zatzka beantragt die nachträgliche Genehmigung des Ankaufes eines Grundstückes im 11. Bezirk an der verlängerten Molltorgasse im Ausmaße von 1505 m² um 17,5 K per m². (Ang.)

St. R. Zatzka berichtet über die Errichtung einer Kartoffelfeldtrocknungsanlage im Gebäude des ehemaligen Wasserwerkes Breitensee, 13. Bezirk Mitteldorfer Straße 142. Die Kosten belaufen sich auf 225.000 K. Er beantragt die nachträgliche Genehmigung und den Ausdruck des Dankes an den Generalsekretär der k.k. Landwirtschafts-Gesellschaft, Regierungsrat Prof. Josef Häusler, für die der Gemeinde Wien bei der Errichtung der Kartoffelfeldtrocknungsanlage durch seinen fachmännischen Rat geleisteten wertvollen Dienste. (Ang.)

St. R. Zatzka beantragt die nachträgliche Genehmigung des Ankaufes von Gründen im 16. Bezirk, Kongressplatz im Ausmaße von 2118 m² um den Pauschalbetrag von 50.000 K. (Ang.)

St. R. Zatzka legt den Entwurf für den Neubau des Alsbach-Entlastungskanales und einer Entlastung des Ottakringerbach-Kanales im 9., 17. und 16. Bezirk vor, und beantragt die nachträgliche Genehmigung. Die Kosten belaufen sich auf 300.000 K. (Ang.)

Bgm. Dr. Weiskirchner beantragt die Widmung eines Betrages von 10.000 K zur Linderung der Not der Flüchtlinge aus Siebenbürgen nachträglich zu genehmigen. (Ang.)
Damit ist die Tagesordnung erschöpft und wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

=====